

Wolfgang Mantl (Hg.)

# Politik in Österreich



BÖHLAU

# **Studien zu Politik und Verwaltung**

Herausgegeben von

Christian Brünner . Wolfgang Mantl . Manfred Welan

---

**Wolfgang Mantl (Hg.)**

## **Politik in Österreich**

Die Zweite Republik:  
Bestand und Wandel

---

**BÖHLAU**

# "Meine" Zweite Republik - Erinnerung und Erfahrung

**Der Wissenschaftler: Meinrad Peterlik**

Zum Thema "'Meine' Zweite Republik - Erinnerung und Erfahrung" zu schreiben, heißt für mich, der ich kein Historiker bin, zu klären und klarzulegen, wie *Geschichte* nicht nur in der "zufälligen" Abfolge mehr oder minder "geschichtsträchtiger" Ereignisse, an die man sich erinnert, sondern über das Ereignishafte hinaus in Entitäten komplexer Wirklichkeiten und daher als Realität erfahren, und wie diese Erfahrung tradiert werden kann. Woraus besteht also die "innere Wirklichkeit" der Zweiten Republik, das heißt des Zeitabschnittes von 1945 bis ... ?

So vordergründig leicht der *Beginn* der Zweiten Republik gleichzusetzen ist mit der Befreiung, der Bildung der ersten österreichischen Regierung und dem Kriegsende im Jahr 1945 sowie mit dem darauffolgenden "Wiedererstehen eines freien und demokratischen Österreich" (um in der Diktion der Zeit zu bleiben), obwohl damals - der von Stephan Verosta formulierten Okkupationstheorie folgend - ja nur ein Austausch der Besatzungstruppen erfolgte, so hintergründig schwer ist das *Ende* der Zweiten Republik zu bestimmen oder vorauszusagen. Ich glaube, daß es zu dem Zeitpunkt anzusetzen ist, zu dem es der intellektuell und politisch engagierten Minderheit unseres Landes klar werden mußte, daß sie es verabsäumt hatte, ihre Erfahrung der geistigen und politischen Wirklichkeiten unseres Landes so zu formulieren, daß sie auch an eine nachfolgende Generation weitergegeben werden konnte. Allerdings ist es fraglich, ob jene auch bereit gewesen wäre - obwohl sie durch eine Präsentation in den sogenannten Medien (z. B. in der eindrucksvollen Fernsehreihe "Österreich II") viele historische Ereignisse auch nacherleben hatte können -, jene Erfahrung für sich zu akzeptieren. Mit anderen Worten wäre es für die "Meinungsbildner" einer jüngeren Generation darum gegangen, aus tradierter Erfahrung eine Stringenz politischen Denkens und Handelns entweder für sich abzuleiten - was sie wahrscheinlich nicht konnten - oder wenigstens nachzuvollziehen - was sie offenbar nicht wollten. Es ist daher nicht der Verlust *der* "politischen Kultur" im allgemeinen, sondern *einer* politischen Kultur im besonderen festzustellen und zu beklagen, die ihre Wirklichkeit und Wirksamkeit und dadurch auch ihre Verbindlichkeit verloren hatte, weil sie - auch und besonders wegen mangelnder Akzeptanz - nicht mehr tradiert werden konnte.

Äußere Zeichen für dieses Phänomen gab es viele; es waren Ereignisse, denen wir hilflos zuschauen mußten und die uns retrospektiv bewußt

machten, daß mit dem *Verlust* der die Zweite Republik bestimmenden politischen Kultur auch der Verlust der politischen Identität unseres Staatswesens verbunden war, sodaß wir heute dem geistigen Aufbruch in Mittel- und Osteuropa nach dem Verschwinden der kommunistischen Diktaturen und der davon weitgehend bestimmten Neustrukturierung Europas fast nur unbeteiligt zuschauen können.

Wir mußten hilflos zuschauen, als eine österreichische Regierung die Wiener Prügelpolizei (es hätte zu dieser Charakterisierung nicht erst eines Berichtes von Amnesty International bedurft) auf die Besetzer der *Hainburger Au* losließ, die sich ihr mit rot-weiß-roten Fahnen entgegenstellte.

Wir mußten hilflos zuschauen, wie die Spitzen der Regierung so erpreßbar wurden, daß ihnen eine Anklage wegen *Neutralitätsgefährdung* drohte. In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, was es heißt, wenn fast ein gesamtes Kabinett zu einem Zeitpunkt, zu dem niemand das Ende des Ost- Westkonfliktes auch nur ahnen konnte, die Neutralität Österreichs bagatellierte, die uns ein Überleben in eben diesem Konflikt ermöglicht hatte.

Wir mußten hilflos zuschauen, als Österreich 1983 eine „national“-sozialistische Regierung aus FPÖ und SPÖ bekam, und dadurch eine Schranke durchbrochen wurde, die bisher verhindert hatte, daß diejenigen Leute, denen zwar weniger die Selbständigkeit als vielmehr die *Eigenständigkeit* Österreichs zutiefst zuwider war und ist, in der Form der Regierungsbeteiligung über die aktuelle und zukünftige Entwicklung des Landes mitbestimmen konnten.

Dies alles kann als Symptom dafür gesehen werden, daß der Konsens über die österreichische *Identität* als konstitutiven Faktor der Zweiten Republik im Schwinden begriffen ist.

Ich möchte im folgenden versuchen, mir und anderen begreiflich zu machen, wie sich die Umwandlung der Erfahrung von Ereignissen, die sich nachträglich als "geschichtlich" herausstellten, in intellektuelles und politisches Bewußtsein – und daraus resultierend - in intellektuelles und politisches Wollen in den Jahren, in denen die Zweite Republik Bestand hatte (sie mag zwar jetzt noch bestehen, ob sie aber Bestand hat, sei dahin gestellt), bei einer *Generation* von Gleichgesinnten vollzog, für die ich stellvertretend schreiben möchte: das heißt, vor allem stellvertretend für die Nachkommen jener Österreicher, die in den Märztagen 1938 nicht auf dem Heldenplatz gejubelt und die auch im sogenannten Ständestaat nicht im Traum daran gedacht hatten - auch nicht angesichts aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten - sich den Nationalsozialisten zuzuwenden, weil sie sich genug politische und intellektuelle Redlichkeit für die "Unterscheidung der Geister" bewahrt hatten, sodaß sie die im Rahmen des unseligen „Bedenkjahres“ 1988 erhobenen Beschuldigungen bzw. Zumutungen zur Übernahme von Kollektivschuld nur als Gemeinheit empfinden mußten.

Natürlich ist mir die Herkunft aus einem *Elternhaus*, in dem Vater und Mutter von der katholischen Jugendbewegung "Neuland" geprägt waren, erst viel später als in den letzten Monaten des Krieges, auf die meine Erinnerung zurückgeht, bewußt geworden: Luftangriffe auf Wien, Fliegeralarm, die unheimlichen verschlüsselten Radiomeldungen, der Gang in den Luftschutzkeller, Sirenen, entferntes Flakfeuer, Entwarnung, das brennende Haus vis-à-vis, das alles habe ich als Sechsjähriger nicht mit dem Regime in Zusammenhang gebracht, dem wir das alles zu "verdanken" hatten. Natürlich habe ich zu dieser Zeit die Ereignisabläufe und die inneren Zusammenhänge nicht begriffen, die zwischen dem Ende der Eigenstaatlichkeit Österreichs, dem Beginn des Krieges, dem millionenfachen Tod im Konzentrationslager und dem ganzen unsagbaren Elend, das die Welt erfaßt hatte, bestanden..

Es muß wohl in den ersten Mittelschuljahren - nach 1948 gewesen sein, als mir klar wurde, daß meine Eltern, ihre Freunde und viele Gleichgesinnte daran keinen Anteil und keine Schuld hatten. Wenn heute behauptet wird, daß in Österreich die Vergangenheit generell und bewußt verleugnet wurde, so ist das ganz einfach nicht wahr: Es hat in jener Zeit genug *Information* innerhalb und außerhalb der Schule über die Jahre des Krieges und die Greuelthaten der Nationalsozialisten gegeben, über die Beteiligung *von* Österreichern daran (nicht: der [!] Österreicher, wie es heute Mode geworden ist zu behaupten), aber auch über die Formierung des inneren und äußeren Widerstandes gegen die Unterdrückung durch das NS- Regime. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in unserer Generation langsam, aber stetig das Bewußtsein wuchs, in einer Umgebung, in einem Land, in einem Staat zu leben, dessen gestalterische Kräfte aus der Ablehnung der vergangenen menschenverachtenden Diktatur entstanden waren und die noch dazu - trotz aller Hindernisse und Rückschläge durch Zeitumstände und alliierte Besatzung - im letzten erfolgreich den "Wiederaufbau des Staates" vorantrieben und sich so bei der Beseitigung einer uns alle bedrückenden Lebenssituation bewährten. Das waren wesentliche Elemente, die das Bild Österreichs als eines demokratischen Staatswesens ausmachten, und mit dem sich der Großteil der Bevölkerung identifizieren konnte. In dieser Zeit war keine Rede von Österreich als einem "Staat, den keiner wollte", obwohl die äußeren Lebensumstände wohl eher Grund zum Defaitismus gegeben hätten. In der Erinnerung an die Jahre unmittelbar nach 1945 fällt auf, daß nicht nur der Mangel an materiellen Gütern bedrückend empfunden wurde, sondern vor allem die Ungewißheit der zukünftigen weltpolitischen Entwicklung. Was war denn schon zu erhoffen für das Leben in einem Land, in dem die Besatzungsmächte so präsent waren, daß der tägliche Anblick von fremden Soldaten, Fahnen, Aufschriften, Bildern auch jedem nur Zehnjährigen das Prekäre und das Abnorme der Situation signalisieren mußte - und das, obwohl der Vergleich mit der Normalität nur wenigen möglich war: einerseits, weil die ältere Generation, in der Zwischenkriegszeit von den Ereignissen der Jahre 1918, 1927, 1934 geprägt, wohl auch kaum eine Normalität des

Lebens. wie wir sie heute erfahren, an uns weitergeben konnte; und weil andererseits der Vergleich mit der Normalität in anderen Ländern, etwa durch Reisen oder Urlaub, nicht möglich war (obwohl es gerade mir vergönnt war, in den Jahren 1947 und 1948 jeweils einige Wochen in der Schweiz zu verbringen).

Es ist nicht verwunderlich, daß in dieser Zeit schon Zehnjährige politischsensibilisiert werden konnten, wurden doch sogar die Kinder - auch ohne die Situation reflektieren zu können - von *Lebensangst* befallen, wenn sie die Angst der Eltern, am nächsten Morgen unter russisch-kommunistischer Herrschaft aufwachen zu müssen, zu verstehen versuchten. Schon kurze Zeit nach Beendigung des Krieges und der Nazierrschaft war wieder die Bedrohung der persönlichen Existenz durch eine Ideologie zur Bedrohung durch deren nationale "Träger" geworden. Es ist nicht die Schuld, aber es ist das historische Schicksal der "Russen" und der Deutschen, daß sie somit als Angehörige dieser Nationen in den Augen derer, deren Lebensgrundlagen in Form eines eigenbestimmten Staates durch Kommunismus oder Nationalsozialismus gefährdet waren, diese Ideologien auch als einzelne "verkörperten".

Es scheint mir jetzt am Beginn der neunziger Jahre daher fast selbstverständlich, daß sich gerade in der *Extremisituation* der Nachkriegszeit auch Heranwachsende Gedanken über die Gründe und Ursachen machten, die zu diesen einzigartigen persönlichen, politischen und historischen Lebensumständen geführt hatten. Wir haben als Mittelschüler Schritt für Schritt entdeckt, daß auch der Mensch als Individuum historisch bestimmt ist, zumindest weil die auf ihn einstürzende Gegenwart immer auch als Resultat der Vergangenheit erfahren werden kann. Für eine Generation, die die Zwischenkriegszeit nicht erlebt hat, war es sehr einfach, sich mit dem Österreich der Zweiten Republik zu identifizieren. da sie nicht durch das zwiespältige Erleben der Ersten Republik daran gehindert wurde. Wir lernten bald verstehen, daß das Österreich nach 1945 kein Kunstgebilde war, in das wir vom Schicksal zwangsverschickt worden waren, sondern eine - wenn auch neue - Ausformung einer fast tausendjährigen Realität, die existierte als Landschaft oder Lehen, als Herzogtum oder Kaisertum, als Casa d' Austria oder als Österreich-Ungarn, als Inner-, Vorder-, Nieder- oder Oberösterreich. In Rückverfolgung der historischen *Tradition* Österreichs wurde uns bald bewußt, daß die geringe Chance Österreichs, auch nach 1918 weiter zu existieren, nicht ausschließlich zwar, aber doch zu- letzt durch den "Anschluß" im Jahre 1938 zunichte gemacht wurde. Kein Wunder also, daß die Existenz eines solchen Landes und die Existenz in einem solchen Land, die ja nicht nur in der Abwendung der täglichen materiellen Not bestehen konnte. erst sinnvoll wurden und sinnhaft erfahren werden konnten durch den Anspruch, in einem Staat zu leben, der als Kleinstaat die guten Traditionen des alten Vielvölkerstaates konservieren wollte, um sie für die politische Entwicklung Europas nutzbar zu machen.

Sicher war uns damals diese Staatsphilosophie und Staatsidee Österreichs. die von der Intelligenz des Landes - und hier möchte ich den Namen Friedrich Heer symbolisch für viele nennen - vertreten wurden. nicht so explizit bewußt, wie wir sie heute zu formulieren imstande sind. Doch was war es anderes. was dem Wunsch nach Freiheit des Landes, die damals am Beginn der Fünfziger Jahre für die Mehrzahl der Österreicher wohl auch ein existentielles Bedürfnis war, zugrunde lag? Warum kann ich mich zum Beispiel heute noch - nach fast vierzig Jahren - an die tiefe Niedergeschlagenheit erinnern, die mich als Sechzehnjährigen erfaßte, weil im Jahr 1954 der Staatsvertrag nach der für Österreich ergebnislos verlaufenen Außenministerkonferenz in Berlin in unendlich weite Ferne gerückt zu sein schien? Es muß wohl der allgemeine Wunsch, nicht nur frei zu sein, sondern auch in einem freien Staat zu leben, und in diesem sinnvoll zu leben, das Bewußtsein. die Wünsche, die Erwartungen und vor allem die Haltungen der damaligen jungen Generation geprägt haben.

Die Identifikation mit Österreich in Orientierung auf seine historische Tradition und der Wille, das politische Leben dieses Landes zu gestalten, der sich allmählich aus dem Bewußtsein entwickelte, daß es sinnvoll sei, sich für die Art des Zusammenlebens von Menschen zu engagieren, die als „*typisch österreichisch*“ umschrieben werden konnte, waren aber untrennbar mit dem Suchen nach *demokratischen* Prinzipien zur Gestaltung weiter Lebensräume verbunden.

Grundlage für diese Streben bildete sicher auch die *katholische Erziehung* in Elternhaus, Schule - im Schottengymnasium in Wien - und kirchlichen Gemeinschaften - von denen ich besonders die Katholische Hochschuljugend Österreichs nennen möchte, die mir die Begegnung mit Karl Strobl und Otto Mauer ermöglichte. Hier wurde uns die Gleichheit der Menschen aus christlicher Brüderlichkeit als Selbstverständlichkeit vor Augen geführt. Wir erfuhren eine katholische Kirche. von der wir wußten, daß viele ihrer Angehörigen - Priester und Laien - aus eben dieser Motivation Diktatur und Totalitarismus existentiell abgelehnt und intellektuell bekämpft hatten. Wir erlebten aber auch eine Kirche, die nicht nur in der Vergangenheit vom Nationalsozialismus verfolgt worden, sondern die in unseren östlichen Nachbarländern tagtäglich der Unterdrückung durch die Kommunisten ausgesetzt war.

*Kirche und Staat* waren nach 1945 in einer ähnlichen Situation: Beide Institutionen befanden sich in einer Aufbruchsstimmung, waren - unter Ausnützung und Überwindung mitunter jahrhundertealter Traditionen - auf der Suche nach neuen Wegen zu größerer politischer und intellektueller sowie innerer und äußerer Freiheit, zur Selbstgestaltung und Selbstverwaltung des gemeinschaftlichen Lebens.

Katholik. Demokrat und Österreicher zu sein. waren nicht nur verschiedene Facetten und Aspekte bewußten persönlichen Erlebens, sie wurden auch konsequent umgesetzt und integriert in die Ausprägung persönlichen Lebens, in Haltungen und Imperative. die die *politische Kultur* in Österreich mitbestimmen wollten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit einigem Nachdruck darauf hinweisen, daß es in der Zweiten Republik keinen kirchlichen *Antisemitismus* gegeben hat - weder im Religionsunterricht, noch in der Predigt, schon gar nicht in der Bildungsarbeit der Katholischen Jugend Österreichs, die ganze Generationen junger Katholiken in ihrer geistigen Haltung beeinflußt hat. Im besonderen habe ich während meiner Schulzeit in einem Benediktinergymnasium und auch während meiner Studienzeit in der Katholischen Hochschuljugend Österreichs nicht das geringste von einem pseudotheologisch motivierten Antisemitismus gespürt, dessen angebliche Wirksamkeit insbesondere im Zusammenhang mit dem •. Bedenkjahr 1988" beschworen wurde. Ich meine, daß es gerade diese katholische Erziehung war, die uns für dieses "Thema" im Vergleich zu anderen Angehörigen unserer Generation in erhöhtem Ausmaß sensibilisiert hat.

Das Lebensgefühl in den ersten zwei Jahrzehnten der Zweiten Republik war aber nicht ausschließlich von den "äußeren", politischen Umständen bestimmt, sondern auch - ich möchte fast sagen: in komplementärer Weise - durch die Entdeckung einer spezifischen, als "österreichisch" empfundenen Geisteshaltung, besonders in den Werken der *Literatur und Philosophie*, wobei wir mit größtem intellektuellen und emotionellen Genuß die Spannungsfelder durchmaßten und die Spannung zwischen den Polen auskosteten, die durch die Namen Karl Kraus, Joseph Roth, Ludwig Wittgenstein, Heimito von Doderer, Franz Kafka, Fritz von Herzmanovsky-Orlando, Friedrich Torberg, Robert Musil, Franz Grillparzer, H. C. Artmann -um nur einige zu nennen - gekennzeichnet sind.

Es ist heute bei der Betrachtung der Anfangsjahre der Zweiten Republik vielleicht schon in Vergessenheit geraten, mit welcher innerer Heftigkeit damals die Diskussion geführt wurde, ob *Demokratie* nur als eine Sammlung von Spielregeln aufzufassen oder als Lebensprinzip zu verstehen wäre. Die Entwicklung einer ungebrochenen Demokratietradition in Österreich war durch die Ereignisse in der Ersten Republik und durch die Besetzung Österreichs nicht möglich, sodaß die Demokratieerfahrung gering war. Die Formalprinzipien der Demokratie als Leitlinien politischen Handelns anzuerkennen, fiel nicht schwer, weil es dazu keine Alternative gab: Wohin autoritärer Ständestaat und insbesondere die Nazidiktatur geführt hatten, war zu offensichtlich, und die Bedrohung durch den kommunistischen Totalitarismus - noch dazu am Beispiel der "Volksdemokratien" tagtäglich erfahrbar - war zu beeindruckend, um auch nur in Gedanken an den Werten der Demokratie oder an den Werten des Lebens in der Demokratie zu zweifeln.

Einem Akzeptieren von demokratischen Lebensprinzipien in *allen* Teilen des öffentlichen und auch privaten Lebens stellten sich aber die alten *konservativen* Ideologien entgegen. Obwohl die katholische Kirche bereit



war, die Begriffe der "Gleichheit" (der Menschen vor Gott) und der "Brüderlichkeit" ("Ihr alle aber seid Brüder") auch als politische Kategorien zu akzeptieren, taten sich bestimmte Denkrichtungen innerhalb der Kirche mit dem Begriff der "Freiheit" schwer, vielleicht weil die vielzitierte "Freiheit des Christenmenschen" eine Vielzahl von Interpretationen zuließ, ohne den persönlichen und politischen, d. h. demokratischen Freiheitsbegriff notwendigerweise zu inkludieren. Daß ein Bekenntnis zu Gleichheit und Brüderlichkeit ohne Garantie auch der persönlichen und politischen Freiheit im weitesten Sinn (d. h. auch in Hinsicht auf den innerkirchlichen Bereich) unglaublich ist, das konnte man wohl aus dem Festhalten am hierarchischen Prinzip in der vorkonziliaren Zeit vielfach nicht verstehen. So war im "rechten Lager" immer wieder die Auffassung zu hören, daß zum Beispiel auch eine "ständestaatliche" Regierung, solange ihre Handlungen im Prinzip von einem nicht näher definierten Gemeinwohl bestimmt wären, auch bei Hintansetzung des Freiheitsprinzips akzeptiert werden könnte. Demokratie war dieser Auffassung zufolge nur eine zeitbedingte und daher nicht einmal besondere Art der Formalisierung des politischen Entscheidungsprozesses.

Es soll aber nicht vergessen werden, daß andere konservative Ideologien wie der *Sozialismus* zu keinem wesentlich anderen Verständnis der Demokratie fähig waren. Noch bis in das Jahr 1958 galt im Parteiprogramm das Prinzip "Demokratie der Weg - Sozialismus das Ziel". Man übersieht heute vielleicht, welche gefährliche Geisteshaltung hier überwunden werden mußte, denn die in diesem Prinzip ausgedrückte Relativierung des Wertes der Demokratie machte eine theoretische Abgrenzung gegenüber den Zielvorstellungen der kommunistischen Diktaturen nicht gerade leicht. Ganz ist sie auch nie gelungen, wofür die in den sechziger Jahren einsetzende Verteufelung des Antikommunismus durch eine gewisse linke "Intelligenzija" nur allzu beredtes Zeugnis abgelegt hat. Vielleicht sollte man diese heute angesichts der Auflösung des kommunistischen Machtbereiches sprachlos gewordene Gruppierung ein wenig daran erinnern.

Die *Demokratiediskussion* in der Zweiten Republik hat sicher periodenweise unterschiedliche Qualitäten gehabt: So war sie bis zum Jahr 1955, das uns die Befreiung von den Besatzungsmächten durch den Staatsvertrag brachte, anders motiviert als in der darauffolgenden Zeit bis zum Jahr 1966, in der die demokratiepolitisch bedenklichen Auswirkungen des von der Großen Koalition regierten Verbände- und Kammernstaates - nach dem Fallen der letzten Schranke auf dem Weg zu äußerer Freiheit - besonders deutlich wurden. Als Ergebnis dieser Diskussion lag eine große Zahl von Vorschlägen zur *Reform* des politischen Lebens vor; der Reformwille, der ihnen zugrunde lag, wurde aber in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung nach 1966 - wahrscheinlich in der Euphorie über die Erlangung der absoluten Mehrheit - politisch nicht umgesetzt; vielleicht auch deswegen nicht, weil das nicht unumstrittene Bemühen von Josef Klaus, Politik

durch "Sachlichkeit" zu ersetzen, dem entgegenstand. Ab 1970 unter den diversen Regierungen Kreisky sind dann alle Initiativen zur Reform schlicht und einfach in Vergessenheit geraten. Heute scheint es mir, daß das qualvolle Ende der Zweiten Republik bereits zu dieser Zeit seinen Anfang genommen hat, und daß aus der ordnungspolitischen Leere des Bemühens um die vielzitierte "Transparenz" sich das staatspolitische Fiasko der letzten Jahre entwickelte.

Bei der Diskussion um den Zustand der Demokratie in Österreich erhebt sich allerdings eine Frage, die noch nicht ausreichend beantwortet wurde und die wahrscheinlich auch nicht zufriedenstellend beantwortet werden kann: Warum sind die Ereignisse des Jahres 1968, die ganz Westeuropa durcheinanderwirbelten, nicht auch in Österreich geschichtsmächtig geworden? Zum einen hat sicher die Erkenntnis und vor allem das Erleben dazu beigetragen, daß innerhalb der österreichischen Realverfassung auch die Auflösung "verkrusteter Strukturen" möglich war, was durch das Ende der Großen Koalition als Folge der Nationalratswahlen 1966 augenscheinlich geworden war, zum anderen hatte die historisch bedingte gänzlich andere Entwicklung demokratischer Institutionen in Österreich - im Gegensatz besonders zu Frankreich und wohl auch zur Bundesrepublik Deutschland - die Notwendigkeit der Analyse undemokratischer oder pseudodemokratischer Strukturen nicht vordringlich erscheinen lassen. Dies bezieht sich nicht zuletzt auf die eigenständige Entwicklung spezifischer, auf Gesprächsfähigkeit und vor allem Gesprächsbereitschaft beruhender Konfliktlösungs- und Konfliktvermeidungsmodelle (Sozialpartnerschaft usw.), die ihre Meriten auch darin hatten, daß sie die innere Stabilität und damit den inneren Frieden Österreichs zu einer Zeit der äußeren Bedrohung garantierten. Es sollte daher leicht zu verstehen sein, daß die Scheu vor dem Infragestellen althergebrachter und überlieferter politischer Strukturen in ungeschützter Position am "Eisernen Vorhang" größer war als anderswo.

Trotzdem sind die Geschehnisse des Jahres 1968 in Europa nicht ohne Auswirkungen auf Österreich geblieben. Zu offensichtlich war die Tatsache, daß die Überlegungen bzw. die Kämpfe um die "Radikaldemokratie" ihren Ausgangspunkt von den *Universitäten* genommen hatten, um nicht auch Überlegungen zur Universitätsreform in Österreich, die jedoch ihre eigenständigen Wurzeln hatten und jedenfalls schon viel früher angestellt worden waren, zu beeinflussen. Allerdings hat dieser Reformkurs im Jahr 1970 durch den Beginn der sozialistischen Alleinregierung eine Entwicklung genommen, die zur Geburt eines demokratiepolitischen Monstrums, des *Universitätsorganisationsgesetzes* 1975, führte.

Der allmähliche Verlust an demokratiepolitischen Vorstellungen und an ordnungspolitischem Konsens seit dem Jahr 1970, der das schleichende Ende der Zweiten Republik bedeutet, wird für mich nirgends klarer demonstriert als an der Entstehung und an den Auswirkungen des *Universitätsorganisationsgesetzes*.

Ausgehend von der durch nichts bestreitbaren und von niemandem bestrittenen Notwendigkeit einer Reform des Universitätswesens wurden formaldemokratische Richtlinien zum inhaltlichen Prinzip erhoben, das einer differenzierten Organisation qualifizierter Forschung und Lehre niemals gerecht werden konnte. Noch dazu wurde in dem - durchaus gerechtfertigten - Bemühen, die Standesinteressen der Professoren ("Ordinarienuniversität") zu paralysieren, paradoxerweise ein „ständestaatlich“ motiviertes Kuriensystem installiert, das die Universitäten den Siegern im Kampf der Gruppeninteressen auslieferte. Die Universitäten - einst Träger einer in ihrer Idee begründeten Universalität - wurden zum Spielfeld und Spielball ideenloser und selbstgerechter Interessenvertreter, die ihre akademische Karriere nicht eigener wissenschaftlicher Arbeit, sondern der Unterstützung auf persönlichen Vorteil bedachter Gleichgesinnter verdankten.

1970 war das geschehen, was viele für undenkbar hielten: Ich meine nicht die Tatsache, daß die Sozialisten stimmenstärkste Partei geworden waren, das war ja schon im Jahr 1958 der Fall gewesen, sondern die Bildung eines Minderheitskabinetts durch Bruno Kreisky, die nur durch die Zustimmung der sogenannten *Freiheitlichen* möglich geworden war. Kreisky hatte - Parteiinteresse vor Staatsinteresse stellend - die FPÖ, die damals genauso wenig wie heute ihre Herkunft aus dem Nationalsozialismus leugnen konnte, zu einem Zeitpunkt zu einer entscheidenden politischen Rolle verholfen und sie staatspolitisch "salonfähig" gemacht, als ihre politische Bedeutung im Vergleich zu früheren Jahren bis zur Bedeutungslosigkeit abgesunken war. Nicht genug damit, wurden durch die "Achse" Kreisky- Peter die "Freiheitlichen" auch zur Zeit der „Absoluten“ der Sozialisten politisch am Leben gehalten und zu schlechter Letzt dann sogar noch "regierungsfähig" gemacht. Kreisky und die Sozialisten haben 1970 nicht die staatspolitische Größe aufgebracht, wenigstens für eine kurze Zeit mit der ÖVP eine Koalition einzugehen, und so die historisch einmalige Chance vergeben, den Abschied der Pseudoliberalen aus der Politik einzuleiten. Im Gegenteil, es wurden die Voraussetzungen für den Aufstieg einer Partei geschaffen, die vordergründigen Populismus zu Neutralitätsgefährdung und Flüchtlingshetze benutzt und damit beweist, daß sie niemals staatstragend war und es auch nicht sein wird. Das ist ein sicheres Anzeichen für das Ende der Zweiten Republik, wenn derartige Geisteshaltungen, die das nationale und internationale Ansehen Österreichs herabsetzen, zu einem bestimmenden Faktor des öffentlichen Lebens werden können.

Nebenbei bemerkt, scheint es mir eine Ironie des Schicksals zu sein, daß am Ende der Zweiten Republik die Diskussion um die Vergangenheit eines Oberleutnants der Deutschen Wehrmacht gerade von Leuten vom Zaun gebrochen wurde, die die Beziehungen ihrer Partei zur äußersten *Rechten* - von Zeiten der Unterstützung der Gründung des VdU, über die Affäre Peter bis zur "national" -sozialistischen Regierung der Jahre 1983 bis 1987 - von jeder ‚Vergangenheitsbewältigung‘ fernhalten wollen.

Die Einbeziehung der „Freiheitlichen“ nicht nur in politische Überlegungen sondern auch in politische Entscheidungen - von Kreisky begonnen und von ihm auch durch Sinowatz vollendet - war ein sehr frühes Signal.

aß in der sogenannten „Ära Kreisky“ manch ungeschriebene Gesetze des politischen Anstandes aus früheren Zeiten nichts mehr gelten und zugunsten eines sich liberal gebenden Wertepositivismus aufgegeben werden würden. Es konnte daher die Parallelität der Entwicklung sowohl zum staatspolitischen als auch zum ordnungspolitischen *Fiasko* am Ende der Zweiten Republik nicht überraschend kommen, das, wie an dieser Stelle erinnert werden sollte, gerade von Sozialisten wie Bruno Pittermann als erste vorausgesehen worden war („Das Ende der Ära Kreisky wird schrecklich sein!“). Es war wohl die Leichtigkeit, mit der man sich - unterstützt auch vom herrschenden Zeitgeist - von ungeschriebenen und leider vielfach auch unausgesprochenen Wertvorstellungen, die bisher einen Teil der politischen Kultur ausmachten, abwandte. Der daraus folgende Zusammenbruch der Glaubwürdigkeit weiter Bereiche des öffentlichen Lebens und seiner Vertreter kann durch die Chiffren der Skandale AKH, Androsch, Lütgendorf, Lucona, Noricum, VÖEST, Rechberger usw. charakterisiert werden. Was blieb von der „Ära Kreisky“? Zur Beantwortung dieser Frage sei aus einem Nachruf zitiert, der in einer seiner Politik nicht gerade fernstehenden Zeitung erschienen ist: „Zu den wichtigsten Reformen der Kreisky-Ära gehörten die Landesverteidigung sowie der Familien- und Strafrechtsbereich ...“

Es ist wohl auch die mangelhafte Reflexion der Geschichte und der geschichtlichen Tradition Österreichs, der man sich in der „linken Reichshälfte“ (welche Ironie steckt doch in dieser Begriffsprägung) allerdings nie sonderlich verbunden fühlte, ein Grund dafür, daß in der öffentlichen politischen Diskussion am Ende der achtziger Jahre vom einstigen - doch sehr weitreichenden - *Konsens* über die Identität Österreichs nichts mehr zu spüren ist. Es wäre allerdings eine schreckliche Vereinfachung, wollte man die Schuldigen an dieser Entwicklung allein im linken Lager suchen, wurde sie doch begünstigt durch die jahrzehntelange Dominanz eines zum geringen Teil charismatischen, mehrheitlich jedoch bornierten und bornierenden anti-intellektuellen *Provinzialismus* in der „rechten Reichshälfte“. sodaß sich die politische Landschaft, in der wir gerne gelebt hatten, in eine geistige Wüste umwandelte. Wie soll es weitergehen, welche politische Kultur soll sich entwickeln, wenn „Beton- und „Ökofaschismus“, Minderheitenfeindlichkeit und Ausländerfurcht inmitten klerikaler Restauration die Gestaltung des öffentlichen Lebens in Österreich unmöglich machen?

Es ist daher in diesen Tagen der politischen Umwälzungen in unserer *mitteleuropäischen* Nachbarschaft nur zu hoffen, daß eine Neubesinnung auf unsere historische Herkunft die geistige und politische Position Österreichs klar und somit unsere zukünftige Orientierung wieder eindeutig machen wird. Es wird Aufgabe der *Dritten Republik* sein, eine eigenständige Rolle Österreichs in einem *neuen Europa*

zu konzipieren, in dem der Zusammenbruch der alten und der Aufbruch zu neuen politischen Strukturen die Aufrechterhaltung antithetischer Initiativen, wie der großen Militärbündnisse oder der auf Teileuropa konzentrierten Wirtschaftsblöcke einschließlich der EG, letztlich sinnlos erscheinen läßt. Wenn das nicht gelingt, werden wir Österreicher in die politische Bedeutungslosigkeit verschwinden - wie alle "Kinder von Marx und Coca-Cola" .....

